

5.9.2008

## Wir müssen reden

*Die Debatte um den Bundeswehreinsatz in Afghanistan droht im Populismus des kommenden Wahlkampfes zu versinken. Politiker und Medien sollten dies verhindern*

*Von Thorsten Benner und Lars Zimmermann*

Politik paradox: Regelmäßig erklären mehr als drei Viertel der Bundesbürger in Umfragen, dass sie den außenpolitischen Entscheidungen der Bundeskanzlerin vertrauen. Die Kanzlerin und der Außenminister rangieren ganz oben auf der Liste der beliebtesten Politiker. Doch gerade beim wichtigsten und riskantesten außenpolitischen Projekt verweigern die Deutschen ihrer Führung die Gefolgschaft: Die Mehrheit der Deutschen lehnt den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan ab. Noch kategorischer ist das Nein, wenn es darum geht, ob das Engagement der Bundeswehr am Hindukusch verstärkt werden soll. Selbstkritische Befürworter des Einsatzes (wie der CSU-Abgeordnete Karl-Theodor zu Guttenberg) schlussfolgern treffend, dass die Kommunikationsstrategie gescheitert ist.

In der Tat: Nicht nur die Kommunikationsstrategie, sondern die gesamte deutsche Afghanistandebatte gibt ein schwaches Bild ab. Die Diskussion um die Verlängerung des Bundestagsmandats Anfang Oktober bietet die letzte Gelegenheit, dies zu ändern. Danach werden die Verdrücktheit und der Populismus des bevorstehenden Bundestagswahlkampfes 2009 jede ehrliche Debatte verhindern. Die vereinfachenden Einlassungen im Gefolge der jüngsten Attentate auf Bundeswehrsoldaten und des Todes von Zivilisten an einem deutschen Kontrollpunkt geben bereits einen Vorgeschmack auf das, was uns im Wahljahr droht.

Was also tun? Nach kanadischem Vorbild eine unabhängige Afghanistan-Kommission von Ex-Politikern und Experten einzuberufen bietet keinen nachhaltigen Ausweg. Ein solches Gremium würde schnell zur „Hartz-Kommission für den Hindukusch“ abgestempelt. Stattdessen sollten die demokratisch legitimierten Gewalten ihrer Verantwortung nachkommen: Regierung und Parlament. Vonseiten aller Regierungsmitglieder ist stärkere Führung gefragt: mehr Besuche vor Ort und mehr Zeit für ausführliche Gespräche mit den Truppen, Polizisten, Entwicklungshelfern sowie afghanischen Vertretern aller Couleur. Dazu ein intensiverer Dialog mit der Öffentlichkeit über den Einsatz. Die Hauptaufgabe liegt jedoch bei den Volksvertretern selbst, die sich stärker auf ihre ureigensten Rechte und Pflichten besinnen sollten. Es ist eine Stärke des deutschen Systems, dass dem Parlament bei der Entscheidung über Auslandseinsätze die Schlüsselrolle zugeschrieben wird. Diese sollte es auch ausfüllen. Dazu gehört, dass das Parlament zu dem Forum wird, in dem vor den Augen der Bevölkerung um Sinn und Strategie des deutschen Afghanistan-Engagements gerungen wird. Um dafür die notwendige Tiefe zu schaffen, kommt den Ausschüssen für Äußeres, Verteidigung und Entwicklungshilfe eine zentrale Aufgabe zu. In Anhörungen können sie laut Grundgesetz jedes Mitglied der Regierung sowie Praktiker mit Einsatzerfahrung und Experten laden. Davon sollten die Ausschüsse in gemeinsamer Sitzung rege Gebrauch machen – und so die Debatte um die Zukunft des Einsatzes unterfüttern. Die Ausschüsse können all die Erfahrungen und Expertise heranziehen, die auch eine unabhängige Kommission bemühen würde – mit dem Unterschied, dass die Ergebnisse direkt in den vom Volk legitimierten Entscheidungsprozess einfließen. Die Parlamentarier sollten eine solche Anhörungsreihe vor die Entscheidung über die Zukunft des Afghanistan-Mandats stellen und dies regelmäßig bei zukünftigen Entscheidungen wiederholen.

Den Medien kommt bei alledem eine besondere Rolle zu. Eine fundierte Berichterstattung muss aus dem Ghetto der Elitenmedien ausbrechen. Bislang schafft es Afghanistan nur bei Toten und Totenköpfen in die Schlagzeilen der Massenmedien. So werden diese der Verantwortung der „vierten Gewalt“ nicht gerecht. Die Medien sollten von der Politik Antworten auf die zentralen Fragen einfordern: Was sind die Lehren aus dem bisherigen militärischen und zivilen Engagement? Welche Ziele möchten wir in Afghanistan und der Region in welchem Zeitrahmen erreichen? Was folgt daraus für unseren militärischen, zivilen und diplomatischen Einsatz? Was wären die Folgen eines Abzugs?

Diese Fragen sollten im Zentrum der Anhörungen und Diskussionen im Parlament stehen. Aus den Antworten sollten sich konkrete Schritte für das kommende Jahr ableiten: Die Regierung muss Parlament und Öffentlichkeit Rechenschaft darüber ablegen, welche Ziele erreicht wurden und was dies für die weitere Strategie bedeutet.

Das Beispiel Afghanistan verdeutlicht: Deutschland braucht eine fundierte und ehrliche Debatte über die Auslandseinsätze der Bundeswehr und seine sich wandelnde sicherheits- und friedenspolitische Rolle. Eine solche Debatte muss langfristig ausgerichtet sein, notwendige Mittel und Risiken klar benennen und auf Abstimmung mit unseren Bündnispartnern setzen.

All dies lässt die bisherige Debatte vermissen. Wenn dies so bleibt, wird es im Wahljahr 2009 nur bergab gehen. Nur Zyniker können sich damit zufriedengeben. Egal ob Befürworter oder Gegner des Einsatzes – alle müssen mithelfen, die Afghanistandebatte auf ein solides Fundament zu stellen. Wir schulden es unseren Soldaten und zivilen Helfern, unseren Verbündeten, den Afghanen – und unserer Demokratie.

*Thorsten Benner ist stellv. Direktor des Global Public Policy Institute. Lars Zimmermann ist Geschäftsführer der Stiftung Neue Verantwortung.*